

Pressemitteilung

Grüne Hanau: Demokratie braucht gleiche Maßstäbe – Resolutionen dürfen nicht nach politischer Opportunität bewertet werden

Eine wohnortnahe medizinische Versorgung ist ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge. Auch wenn die Entscheidung bei der Kassenärztlichen Vereinigung liegt, war die politische Willensbekundung der Stadtverordnetenversammlung aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen richtig und wichtig.

Die Debatte in der vergangenen Stadtverordnetenversammlung hat jedoch erneut eine grundsätzliche Frage aufgeworfen: Nach welchen Maßstäben werden Resolutionen in Hanau behandelt?

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Robert Erkan machte in seiner Rede deutlich, dass Resolutionen auch dann ihre Berechtigung haben, wenn die Stadt keine unmittelbare Entscheidungskompetenz besitzt – sofern sie Themen betreffen, die vor allem für die Menschen in Hanau von Bedeutung sind. Dieser Maßstab sollte aus Sicht der Grünen für alle Fraktionen gleichermaßen gelten.

Die Erwiderung von CDU-Stadtverordnetem Sören Winter, weltpolitische Themen hätten in der Hanauer Stadtverordnetenversammlung nichts zu suchen, greift aus Sicht der Grünen zu kurz und geht am eigentlichen Einwand vorbei. Es geht nicht um Weltpolitik, sondern um die Frage, ob politische Willensbekundungen unabhängig von ihrer Urheberschaft gleichbehandelt werden. Sie kann zudem den Eindruck verstärken, als würden politische Initiativen der Grünen nicht dem Wohl der Hanauerinnen und Hanauer dienen. Dies weist die Fraktion entschieden zurück.

Ein Beispiel aus dem Mai 2025 liegt hierzu noch nicht so lange zurück: Die Grünen stellten einen Antrag zur Formulierung einer Resolution an den hessischen Landtag zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen. Es ging dabei ausdrücklich nicht um Weltpolitik, sondern um die kommunale Demokratie und die Frage, wie junge Menschen künftig stärker an den Entscheidungen beteiligt werden können, die ihren unmittelbaren Lebensalltag betreffen. Ob öffentlicher Nahverkehr, Schulen, Freizeitangebote oder Stadtentwicklung – kommunale Entscheidungen prägen das Leben junger Menschen jeden Tag. Deshalb sollte auch eine Resolution, die den Hessischen Landtag zu einer Gesetzesänderung auffordert, als legitime politische Willensbekundung des Stadtparlaments verstanden werden.

Umso unverständlicher war es, dass dieser Antrag bereits durch das Präsidium von der Tagesordnung genommen wurde und somit nicht einmal zur inhaltlichen Beratung in der Stadtverordnetenversammlung kam. Seinerzeitiger Fraktionsvorsitzende Stefan Weiß protestierte auch im Stadtparlament gegen diese Entscheidung ausdrücklich. Eine öffentliche Aussprache über das Vorgehen des Präsidiums kam nicht zustande, stattdessen wurde die Tagesordnung mehrheitlich, bei Enthaltung der Grünen, beschlossen.

„Es geht uns nicht darum, dass jede Resolution eine Mehrheit finden muss. Unterschiedliche politische Auffassungen gehören zur Demokratie. Entscheidend ist aber, dass für vergleichbare Sachverhalte dieselben Maßstäbe gelten“, erklärt Fraktionsvorsitzender Sascha Feldes.

Die Grünen werben deshalb für einen fairen und konsistenten Umgang mit politischen Initiativen. Demokratie lebt vom offenen Austausch unterschiedlicher Positionen und von der Bereitschaft, Argumente inhaltlich zu diskutieren, statt Debatten bereits im Vorfeld zu verhindern oder politischen Mitbewerberinnen pauschal abzusprechen, im Interesse Hanaus zu handeln.

Dazu gehört auch, dass demonstrativer Beifall auf zugespitzte Aussagen keine sachliche Auseinandersetzung mit den vorgetragenen Argumenten ersetzt. Wer politische Unterschiede bewusst polarisiert, anstatt sich mit den eigentlichen Inhalten auseinanderzusetzen, trägt nicht zu einer konstruktiven Debattenkultur bei.

„Unser Verständnis von politischer Arbeit verstehen wir als offenen Austausch, konstruktiv in der Sache sein und mit dem gemeinsamen Ziel, die besten Lösungen für Hanau zu finden. Über den richtigen Weg darf und soll gestritten werden.“, so die Grünen abschließend.